



öffentlich

Betreff:

Erstellung eines Katasters für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen bei Eingriffen in die städtische Natur

Einreicher: Fraktionen DIE LINKE, Bündnis90/Die Grünen

Erstellungsdatum 16.02.2021

Eingang 502:

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
03.03.2021	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt bis zum 1. Quartal 2022 ein stadtweites Kataster für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen bei Eingriffen in die städtische Natur zu erstellen.

Dem Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität ist im September 2021 über das Zwischenergebnis zu berichten.

gez. Dr. Sigrid Müller, Stefan Wollenberg; Saskia Hüneke, Dr. Gert Zöllner
Fraktionsvorsitzende

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgebblätter beifügen

Begründung:

Potsdam ist eine wachsende Stadt, aber auch eine Stadt, die den Klimanotstand ausgerufen und sich dem aktiven Klimaschutz verschrieben hat. Trotzdem fehlt in der Stadt Potsdam bis heute ein Kataster für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen bei Eingriffen in die städtische Natur. Aus diesem Grund ist nicht erkennbar, inwiefern das städtische Grün erhalten bleibt oder ob es anteilmäßig verschwindet.

Dies bemängelt auch der Potsdamer BUND zu Recht in seiner aktuellen Stellungnahme (<https://www.bund-brandenburg.de/service/presse/pressemitteilungen/news/bund-potsdam-kippt-potsdams-nachhaltige-stadtentwicklung-in-krampnitz/>) zu den Planungen für die Bebauung des Kasernengeländes in Krampnitz vom 03.02.2021.

Zudem ist es mit Hilfe eines solchen Katasters auch leichter möglich sich für regionale Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen bei notwendigen Versiegelungen einzusetzen – was bei den letzten Bebauungsvorhaben wie beispielsweise in Krampnitz oder Fahrland nicht geschah.